

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Gehälter - Anzeigen die
gehaltene Kolonel-Zeile
50,- J.
Gehaltsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. G. Meißner & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Eine Unternehmer-Zeitung über das Taylorsystem.

Das Bestreben der "Deutschen Arbeitgeberzeitung", den Arbeitern das Taylorsystem möglichst mundgerecht zu machen, haben wir bereits in Nr. 29 des "Proletariers" einer Würdigung unterzogen. Das Arbeitgeberorgan hat an der Arbeitsweise nach Taylor überhaupt nur Vorzüge entdeckt. Heute wollen wir ein andres Unternehmensblatt zitieren, das objektiver ist als die "Arbeitgeberzeitung" informiert, als es auch die Schattenseiten dieses Arbeitersystems hervorhebt. Die "Industrie", Fachzeitung für Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, beschäftigt sich in Nr. 37 vom 14. September mit dem Taylorsystem und schreibt darüber:

Das "Taylorsystem" stammt, wie der Name erahnen läßt, aus Amerika, und sein Gedanke ist wirklich echt amerikanisch. Rücksichtlichkeit und Zweckmäßigkeit betrachtungen liegen ihm zugrunde. Taylor hat aber auch in andern Ländern Schule gemacht, nicht am wenigsten in Deutschland, wo man seine Gedanken wissenschaftlich weiterzubilden sucht und wo vor allem auch die Denker vorhanden sind, die die zweckdienlichen Folgerungen aus jenem System zu ziehen berufen sind. Unzweckhaft liegt in den Gedanken Taylors viel Nichtiges, das beachtet zu werden verdient. Über sein System ist schon viel geschrieben worden und wird noch viel geschrieben werden. Hier soll versucht werden, in wenig Worten den Kernpunkt des Systems zu zeigen:

Das Taylorsystem bezieht sich auf die menschliche Arbeit bzw. auf die Art des Arbeitens. Das Bestreben geht dahin, die Leistung aufs höchste zu steigern bzw. aus einer Arbeitskraft in gegebener Zeit ein Höchstmaß an Leistung herauszuholen. Der Mensch wird dabei zur zweckmäßig arbeitenden Maschine. Das Verständnis für das Taylorsystem erschließt sich daher am leichtesten, wenn man die Maschine betrachtet und sich deren Vorteile auf den Menschen übertragen denkt.

Ein wesentliches Kennzeichen der arbeitenden Maschine besteht darin, daß sie ihre Zeiten genau innehält. Eine Kraftmaschine in einem großen Betriebe sieht sich beispielsweise des Morgens um 6 Uhr in Bewegung, steht dann nur in den unumgänglich notwendigen Zwischenpausen und schließlich erst zu einer bestimmten Stunde gänzlich still. So soll auch, im Sinne Taylors, der Arbeiter keine Sekunde verspielen. Um das zu erzwingen, hat man folgende Einrichtung getroffen: Neben dem Platz eines jeden Arbeiters befindet sich ein Hebel oder eine Tasse, die jedesmal betätigt werden muß, wenn die Arbeit beginnt oder unterbrochen wird bzw. endet. Durch diese Tastungen werden dann Marken auf einem beweglichen Streifen aufgezeichnet, so daß sich hinterher genau feststellen läßt, inwieviel die Arbeitszeit von jedem einzelnen einzuhalten worden ist.

Die Maschine führt ferner keine einzige überflüssige Bewegung aus. Betrachten wir eine Lokomotive! Wohl erscheint das Spiel der Steuerung und des treibenden Gestanges ziemlich verwickelt; aber der Sachverständige wird bestätigen können, daß nicht gut weniger vor sich gehen kann, als dabei geschieht. Dagegen führen wir wohl alle bei unseren Montierungen eine Fülle unnötiger Bewegungen aus. Es ist freilich schwer, sich darüber klar zu werden. Hier muß die Wissenschaft helfen, und sie nimmt mit gutem Erfolge den Film in ihren Dienst. Sehen wir uns Hantierung im lebenden Bilde, wobei diese gewissermaßen aus uns herausgezerrt erscheint und etwas Sachliches geworden ist, so werden wir mit Staunen wahrnehmen, wieviel Unnötiges in unseren Bewegungen liegt. Freilich haben auch an sich unnötige Handlungen einen gewissen Zweck. Sie eignen sich in sich bisweilen eine Art Erholung und müssen wegfallen. Also keine Erholung mehr.

Jede nicht vollwertige Kraft wird rücksichtslos zurückgedrängt. Die Arbeiter werden gewissermaßen nach dem Wert ihrer Arbeitskraft numeriert.

Das alles gilt natürlich nur für Amerika. Die deutsche Arbeiterschaft darf sich keiner Läusejung hingeben, daß unsre Unternehmer zur gegebenen Zeit anders handeln werden als die amerikanischen. Die Triebkraft hierzu ist im kapitalistischen System vereakert. Dieses kennt keine Rücksichten, wo es auch befehmelei sein mag, und kein unausgeschöpftes Bedürfnis ist, sich zu vermehren, ohne je Sättigung zu finden. Es ist ein endloses Ziel, das der Kapitalismus unausgeschöpft verfolgt, ohne es zu erreichen, und in dem Moment, da er glauben wird, es erreicht zu haben, wird sein System durch seine eigene Schwere wie eine Lawine zerstört und der Kapitalismus unter sich begraben. Dann sind wir eine Geheimgefahr losgeworden. Aber so weit ist es noch nicht. Die wahre Kapitalismus ist noch im Wachsa, und sie wird zu ihrer Ausdehnung zweifellos zum Taylorsystem greifen. Zum Glück haben wir, d. h. die Arbeiter, heute schon Organisationen, zusammengefaßt aus den intelligentesten der Arbeitskräfte. Sie werden nicht zulassen, daß die "Rücksichtslos und Zweckmäßige Betrachtungen", die dem Gedanken des Taylorsystems zugrunde liegen, im einzelnen Unternehmerinteresse ausgenutzt werden. Soll schon einmal nach den Lehren Taylors gearbeitet werden, dann will die Arbeiterschaft einen guten Teil der daraus entspringenden Vorteile für sich haben.

gesprochen werden darf. Aber dieser Punkt sei hier nur gestreift. Wir haben weniger über das System zu urteilen, als vielmehr es in großen Zügen zu kennzeichnen.

Die Wissenschaft hat neuerdings ganz eigenartige Mittel erfunden, um auch die Leistungsfähigkeit des Menschen zu bestimmen und zahlenmäßig festzulegen. Es gilt beispielsweise, zu prüfen, wie kräftig das Vermögen eines Menschen, Wahrnehmungen zu machen, entwickelt ist. Man läßt etwa ein Bild, auf dem sich viele Gegenstände befinden, für einen Augenblick vor dem Gesicht des Prüflings auftauchen und fordert ihn dann auf, anzugeben, was er gesehen hat. Je mehr wachgesommen werden, um so höher ist offenbar die Gabe des Aussassens entwickelt. Man führt bei solchen Untersuchungen sehr feine Zeitmessungen aus, bei denen nach Tausendsteln von Sekunden gerechnet wird. Uebrigens werden derartige Prüfungen jetzt auch vielfach in Schulen ausgeführt, und zwar in den mannigfaltigsten Arten. Man wird ohne Zweifel mit der Zeit noch manche Untersuchungswerte finden, mittels deren man die Leistungsfähigkeit des Menschen auf Zahlen bringen kann. Der Arbeiter trägt dann gewissermaßen eine Nummer mit sich, die ganz genau besagt, wieviel seine Arbeitskraft wert ist. Wodurch jedoch als gering erwiesen hat, wird der Mann bei Seite geschoben oder wenigstens so schlecht ausgelohnt, daß er nicht bestehen kann.

Schon die alten Völker verstanden es, durch Arbeitsleistung die Leistungsfähigkeit ihrer Industrie zu erhöhen. Auch bei unsrer Maschinen ist diese Leistung streng durchgeführt. So haben die verschiedenen Stangen, die sich bei einer Reformrute bewegen, alle ihren besonderen Zweck und keines der Ventile steht in den Bereich eines andern. Auch Taylor verläßt die mühsame vollständige Durchführung einer solchen Trennung, wodurch allerdings die Arbeit immer mehr zum Maschinennärrchen herabgedrückt wird.

Man wird, wie gesagt, auch in Deutschland mit den durch Taylor angeregten Verfehlungen rechnen müssen. Ihre strittige Durchführung ist natürlich ausgeschlossen.

Dem Taylorsystem liegen also nackte Rücksichtsbetrachtungen zugrunde, die aber nicht im Interesse des Arbeiters liegen werden.

Aus dem Arbeiter wird das Höchstmaß an Leistung herausgeholt.

Der Mensch wird dabei zur Maschine.

Unnütze Handhabungen, die bisweilen eine Art Erholung sind, müssen wegfallen. Also keine Erholung mehr.

Jede nicht vollwertige Kraft wird rücksichtslos zurückgedrängt.

Die Arbeiter werden gewissermaßen nach dem Wert ihrer Arbeitskraft numeriert.

Das alles gilt natürlich nur für Amerika. Die deutsche Arbeiterschaft darf sich keiner Läusejung hingeben, daß unsre Unternehmer zur gegebenen Zeit anders handeln werden als die amerikanischen. Die Triebkraft hierzu ist im kapitalistischen System vereakert. Dieses kennt keine Rücksichten, wo es auch befehmelei sein mag, und kein unausgeschöpftes Bedürfnis ist, sich zu vermehren, ohne je Sättigung zu finden. Es ist ein endloses Ziel, das der Kapitalismus unausgeschöpft verfolgt, ohne es zu erreichen, und in dem Moment, da er glauben wird, es erreicht zu haben, wird sein System durch seine eigene Schwere wie eine Lawine zerstört und der Kapitalismus unter sich begraben. Dann sind wir eine Geheimgefahr losgeworden. Aber so weit ist es noch nicht. Die wahre Kapitalismus ist noch im Wachsa, und sie wird zu ihrer Ausdehnung zweifellos zum Taylorsystem greifen. Zum Glück haben wir, d. h. die Arbeiter, heute schon Organisationen, zusammengefaßt aus den intelligentesten der Arbeitskräfte. Sie werden nicht zulassen, daß die "Rücksichtslos und Zweckmäßige Betrachtungen", die dem Gedanken des Taylorsystems zugrunde liegen, im einzelnen Unternehmerinteresse ausgenutzt werden. Soll schon einmal nach den Lehren Taylors gearbeitet werden, dann will die Arbeiterschaft einen guten Teil der daraus entspringenden Vorteile für sich haben.

Der Umbildungsprozeß.

Alles ist im Fluss. Stillstand ist nur scheinbar. Der Umbildungsprozeß aller Staatswesen ist so alt wie diese selbst. Unter normalen Verhältnissen vollzieht sich dieser Prozeß nur langsam, kaum sichtbar, oder doch nicht jedem sichtbar. Er vollzieht sich auch dann, wenn er durch äußere Machtmaut, also durch Gewalt, aufgehoben wird. So zum Beispiel, wenn die Verhinderung des gleichen Wahlrechts von deren Nutznießern jahrzehntelang erfolgt. Gleich kommt die Bevölkerung dem ersehnten Ziel trotzdem immer näher. Es bedarf dann nur eines auslösenden Momentes, um den jahrzehntelangen Rückstand mit einem Male zu überwinden. Ohne den Weltkrieg hätten wir in Preußen terminlich noch eine gerame Zeit auf die Einführung des gleichen Wahlrechts warten müssen. Das gleiche gilt für die Einheitzung einer parlamentarischen Regierung im Reiche. Die Glut des Krieges, erzeugt aus Not und Tod, hat diese Fragen rasch zur Reife gebracht. In der Stunde der größten Not ergab sich mit gewaltiger Wucht, als es sonst der Fall gewesen wäre, daß die Reichsregierung nach innen und außen verlegen musste, weil die letzte Reichsregierung war. Das heißt ihre Erfüllung entsprach den Zu-

schaungen einer längst vergangenen Zeit. Eine Welt trennte sie von der pulsierenden und leidenden Klasse. Diese Tatsache barg ungeheure Gefahren in sich, als es galt, die ganze moralische Kraft eines Volkes zu seiner eigenen Erhaltung einzufügen. Zur rechten Zeit noch würden diese drohenden Gefahren erkannt, und man kann sich nur freuen über die Entschlusskraft, mit der im letzten Moment das Steuer herumgeworfen wurde. Waren wir denn nicht allen Kurs weitergesteuert, dann hätten wir statt Umbildung als bald Zerstörung gehabt.

Mächtig pocht die neue Zeit an die Pforten der beiden preußischen Kammer. Sie wurden von den neuen Ereignissen überrascht. Weil ihnen die Verbindung zu den Volksmassen vollständig fehlt, könnten sie den ordnungsgemäßen Umsatz so nahe nicht erwähnen. Nun ist er da. Wir selbst haben es heute für ganz selbstverständlich, daß es so kam. Die neue Ordnung hantiert nun auf; der Wille des Volkes soll oberstes Gesetz sein. Seitdem war es der Wille einiger wenigen. Das Wohl der Gesamtheit des deutschen Volkes muss bei allen wichtigen Entscheidungen unserer parlamentarischen Regierung dagegenstimmen.

Erste Aufgabe der neuen Regierung, an der die Vertreter der Arbeiter direkten Anteil nehmen, wird es sein müssen, dem Frieden die Wege zu ebnen. Das wird nicht leicht sein. Doch muß der Versuch gemacht werden, wenn möglich dem grausigen Kriegerinhalt zu gebieten. Dabei müssen Rücksichten auf die Praktiken der seitherigen Regierungen auscheiden. Nicht Friede um jeden Preis erwarten wir von der neuen Regierung, aber um zum Frieden zu kommen, kann die neue Regierung ganz andere Wege einnehmen als die alte. Wir dürfen uns nicht einbilden, daß die Gegner nun ohne weiteres zu Friedensverhandlungen bereit sein werden. Das werden sie nicht. Der englische Imperialismus gibt sein Ziel noch nicht auf. Es fragt sich nur, ob die Arbeiterschaft sich seinem Einfluß entziehen kann. Denn leider hat der Sozialismus sowohl in der Klasse der englischen als auch der amerikanischen Arbeiterschaft bis jetzt noch wenig Eingang gefunden. So wartet der neue Regierung ein schweres Stück Arbeit. Kann sie den Frieden nicht bringen, so bleibt ihr nur übrig, den Massenwillen des Volkes zur Erhaltung unserer staatlichen Selbständigkeit und Freiheit zu organisieren. Dabei darf es ihr die inneren Reformen keinen Rückstand geben, damit das Misstrauen nicht aufs neue erwacht und bei der rechtslosen Masse nicht erneut die Zunge austaut; für wen? Feder muß sehen, daß er, als gleichberechtigter Staatsbürger seine eigene Sache vertheidigt, wenn es schon nicht anders sein kann. Da der neuen Regierung werden sich die Stände und Unterlassungen der alten rächen. Da wir aber über eine politisch intelligente Arbeiterschaft verfügen, wird ihr die Demagogie wenig anhaben können.

Die seitherige Reichsregierung stand, wenn auch nicht isoliert, so doch ohne seinen Rückhalt im Volke auf ihrem Platz. Je länger der Krieg dauerte, desto augenhörlicher wurde ihre Unlöslichkeit nach innen und außen. Sie stand auch sichtlich nicht mehr über den Parteien, sondern zwischen ihnen. Sie sah sich sowohl in der Außenpolitik als auch in den inneren ihnen neuen Konflikten gegenüber, die sie nicht mehr lösen konnte. Anders die jetzige Regierung. Sie ist hervorgegangen aus den gewählten Vertretern des Volkes und ist infolgedessen im Volke verankert. Ihre Worte haben Gewicht, weil mit ihnen der Massenwillen zum Ausdruck kommt. Die Gegner werden ihrer Beachtung ihretwegen müssen. Das könnte aber nicht der Fall sein, wenn an Stelle der heutigen Regierung der Diktator stände, der ein höheres Ziel als der alte Zet in Vorstellung brachte. Mit Spannung fühlen wir das Gefährliche, das in diesem Vorstellung lag. Bereits jetzt könnte er uns mit Neuerungen in den Abgrund führen. Nur kann heute sagen, an Stelle der bei uns im Reiche vorhandenen schweren Spannung, hervorgerufen weniger durch die Vergangenheit den Kriegshauptplätzen als durch die unerträglichen innerpolitischen Zustände, ist wieder Ruhe und Sicherheit getreten. Das läßt uns hoffen, daß es gelingen wird, das Ende des Krieges, in absehbarer Zeit zu erreichen.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1917.

Die deutsche Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1917 liegt noch nicht abschließend vor. Die im Bureau der Generalstaatsräte erfolgende Bearbeitung der statistischen Angaben der Zentralverbände ist jedoch weit voranschritten, daß wir hier im Auszuge einige der wichtigsten Zahlen mitteilen können.

Das Berichtsjahr zeichnet sich dennoch durch den Beginn einer neuen Arbeitsbewegung unserer Gewerkschaften aus. Die rückläufige Periode, die mit dem Kriegsausbruch einsetzte, erreichte im Jahre 1916 ihren Zenit. Am 31. Dezember 1916 waren in den 47 Zentralverbänden nur noch 934 884 Mitglieder vorhanden gegen rund 2½ Millionen beim Kriegsausbruch. Im ersten Quartal 1917 aber war die Kraft wiederum, die Mitgliedergabe liegt auf 995 926, und die Entwicklung steht auch in den weiteren drei Quartalen so: im zweiten waren es 1.076 711 Mitglieder, im dritten 1.169 697 und im vierten Quartal 1.264 711 Mitglieder. Die Zunahme beträgt demnach rund 330 000 gegenüber dem vierten Quartal 1916. Am Jahresende liegt also die Mitgliedergabe von 934 884 auf 1.095 596. Zu diesen Zahlen sind die Verbände des Handels angehörend und der Landarbeiter nicht mitgezählt, die am Jahresende 1.221 874 Mitglieder hatten gegen 830 000 bzw. 8249 Mitglieder am 31. Dezember 1916. Auch diese beiden unter den schwersten Verhältnissen arbeitenden Verbände nehmen an der allgemeinen Arbeitsbewegung teil.

sind in dieser Beziehung nicht mehrig gewesen, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht:

Firma	Kriegsrücklagen zum Übergang in die Friedenswirtschaft	Bürgschaften zur Sicherstellung für Rohstoffe	Sonderrücklagen
	Markt	Markt	Markt
Papierfabrik Daisenfurt	30 000	—	
Kunstdruckpapierfabrik			
W. H. Hagelberg, Berlin	233 646	—	
Kunstdruckpapierfabrik			
E. A. Schwerdtfeger, Berlin	121 810	—	
Papier- und Cellstofffabrik			
Kummersdorf	250 000	—	
Verein für Cellstoff-Industrie	400 000	—	
Dresden	123 206	4 754 160	
Papierfabrik Reichholz	120 000	—	
Großmutter Papierfabrik			
Winterische Papierfabriken, Hamburg	400 000	—	
Cellstofffabrik Höllingen	—	20 000	
Schleipen u. Ertens, Jülich	50 000	—	
Papierfabrik Möddmühl	20 000	—	
Stettiner Papier- u. Pappensfabr.	70 000	—	
Neue Papiermanufaktur			
Straßburg		10 000	
Holzstoff- u. Leberpappentabrik			
Wülfingen	7 000	—	
A.-G. für Kuntpapierfabrikation	170 000	—	
A.-G. für Cellstoff- und Papierfabrikation Alsfeld	500 000	—	
Münchener-Dachauer A.-G. für Papierfabrikation	300 000	—	
Krause u. Baumann, Heidenau	150 000	—	
Feldmühle, A.-G., Berlin	2 000 000	—	
Cellstofffabrik Waldfhof	40 821 532	—	

Vom kaufmännischen Standpunkte sind die Überweisungen so hoher Summen an die in der Aufstellung bezeichneten Fonds sowie die Einschreibung bedeutender Geldmittel unter andre Bilanzposten zu den gleichen Zwecken verständlich. Als geriebene Geschäftsfreunde rüsten die Unternehmer durch die Stärkung ihrer Organisationen sich nicht nur für die zu erwartenden wirtschaftlichen Kämpfe, sie suchen auch, wie aus den Rückstellungen hervorgeht, die einzelnen Betriebe kapitalfähig zu erhalten.

Wie sehen nun aber die Friedensstiftungen der Arbeiter aus? Auch sie hätten durch Anlegung größerer Gelbsummen sich einen Fonds zur Sicherstellung ihrer Existenz für die kommende Friedenswirtschaft schaffen, durch den unermüdlichen Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation für die kommenden Wirtschaftskämpfe rüsten müssen. Beides haben sie gar nicht oder doch nur zu geringen Teil geben. Zur Anlegung einer Kriegsrücklage fehlten ihnen die Mittel; sie sich mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu schaffen, haben leider die Arbeiter versäumt. Bei einem durchschnittlichen Wochenverdienst von kaum 26 M. für einen Vollarbeiter der Papiermacherberufsgenossenschaft im Jahre 1917 kamen der Arbeiterschaft wirklich keine Mittel zu Ersparnissen, obwohl die Unternehmer auf Grund ihrer glänzenden finanziellen Lage während der Kriegszeit sehr wohl in der Lage gewesen wären, ihrer Arbeiterschaft durch Gewährung von ausreichenden Löhnen die Mittel dazu zu geben.

Freiwillig haben die Unternehmer ihrer Arbeiterschaft keine „glänzenden“ Löhne gezahlt, solche zu fordern, fehlte dem größten Teile der Papierarbeiterchaft der Mut. Durch ihre Gleichgültigkeit in der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen haben viele Papierarbeiter den Anschluss an ihre Berufsorganisation verpaßt. Andre wieder hofften auf den guten Willen ihrer Unternehmer, von denen sie eine ausreichend freiwillige Bezahlung ihrer Arbeitskraft erwarteten. Dabei mußten sie die bittere Enttäuschung machen, daß das bekannte Sprichwort: „Hoffen und Harren, macht manchen zum Narren!“ auch während der Kriegszeit noch zu Recht besteht. Befürchtet zu spät haben die Papierarbeiter erst eingesehen, daß auch sie das Recht haben, an den reichen Kriegsgewinnen der Unternehmer durch ausreichende Entlohnung Anteil zu nehmen. Zu spät ist ihnen die Einsicht gekommen, daß zur Erklärung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Stärkung der eigenen Berufsorganisation gehört. Leider ist trotz aller Kriegsnöte ein großer Teil der Arbeiterschaft noch immer nicht zu dieser Einsicht gelangt, obwohl ihnen doch die Rüstungsarbeiten der Unternehmer als Wegweiser dienen müssten.

Durch ihre wirtschaftliche Gleichgültigkeit haben die Papierarbeiter die Zeit zur Anlegung von Kriegsrücklagen verpaßt. Noch ist es aber nicht zu spät, für die kommenden Wirtschaftskämpfe zu rüsten. Die Zeit der Abwehrkämpfe zur Vermeidung einer Verschlechterung ihrer Wirtschaftslage steht der Arbeiterschaft noch bevor, der Weg zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist noch frei. Diese Zeit nicht ungerüstet an sich herantreten zu lassen, muß die Aufgabe der Arbeiterschaft sein. Deshalb muß die Berufsorganisation der Papierarbeiter durch den Beitritt aller Kolleginnen und Kollegen gefordert werden, damit diese einzige Waffe der Arbeiter im Wirtschaftskampf für die kommende Friedenszeit schärfer und schneidig ist.

G. St.

Nehmen ist seliger als Geben!

Auf der vor einiger Zeit in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins deutscher Pappensfabrikanten hielt der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Dr. Schweighofer, einen Vortrag über die Zwangswirtschaft, für deren Ablehnung durch die Unternehmer er lebhaft eintrat. Dabei tonete er sich doch mehr von der Überzeugung ganz frei machen, daß eine Rüstung der Regierung an der Industrie nach dem Kriege eine Notwendigkeit sei, die von den Industriellen mit in Kauf genommen werden müsse. Die Herrschaften trauen sich selbst die Macht nicht zu, Ordnung im industriellen Leben zu schaffen. Sie sind sich wohl darüber klar, daß ohne einen zäudigen Eintritt ein Drauselwirtschaftsstaat der einzelnen Unternehmer statthätte würde, daß die Industrie anarchistischen Zuständen näherbringen müßte.

Um solche Zustände zu vermeiden, ist ihnen die Mitarbeit der Regierung bis zu einem gewissen Grade angemahnt, besonders dann, wenn sich die Regierung mit der Rolle eines Schleppenträgers der Industrie begnügt. Dr. Schweighofer rechnet deshalb nach dem Kriege mit einer stärkeren Anteilnahme der Regierung an der Industrie. Doch soll die Anteilnahme, nach einem Bericht der Nordde. Allgem. Ag. Nr. 446 (1918), „nicht eine fordrende, sondern auch eine gebende sein, dergestalt, daß die Industrie tatsächlich nach Maßgabe ihrer Wünsche unterstellt wird.“

Obwohl diese „Wünsche“ von der „N. A. G.“ nicht näher bezeichnet werden, sind sie nach den bisherigen Vorderungen der Unternehmer doch leicht zu erraten. Die Abneigung der organisierten Scharfschützen gegen jede soziale finanzielle Bekämpfung der Industrie, ihr Widerwollen gegen jeden Ausbau der sozialen Gesetzgebung und ihr leidenschaftlicher Kampf nach Ansichtsmegeschen gegen die organisierten Arbeiter läßt den Inhalt

dieser Wünsche unschwer vermuten. Wenn diese „Wünsche“ immer wieder von Unternehmerteile auslaufen, und wenn man dabei die „tatkäfige Unterstüzung“ durch die Regierung herstellt, so ist dieser Gedankengang vom Unternehmensstandpunkt betrachtet, schon verständlich, zumal diese Herren es immer mit dem Grundsatz gehalten haben: „Nehmen ist seliger als Geben!“

Die Berliner Richtung in der Tapetenfabrikation.

Seitdem Herr Langhammer im Jahre 1909 den Verein Deutscher Tapetenfabrikanten im Stiche gelassen hat und mit Sac und Pack in das Lager des Tapetentrusts (Diag) übergegangen ist, trotzdem er zehn Jahre lang Vorsitzender des Unternehmerverbandes war, besteht eine Spaltung unter den deutschen Tapetenfabrikanten. Die Fahnensturz der Verbandsvorsitzenden hinterließ bei einem Teile der Tapetenfabrikanten eine derartig liegende Verbitterung, daß sie auch heute, nachdem der ehemalige Verbandsvorsitzende längst wieder als reiziger Sünder sich an die Spitze des Vereins Deutscher Tapetenfabrikanten hat stellen lassen, von einem geschlossenen Vorgehen der gesamten Tapetenfabrikanten nichts wissen wollen. Die gegenseitige Verbitterung zwischen den Verbandsfabrikanten und den sogenannten Outfittern hatte sich derartig angepumpt, daß die „Tapete“, das Organ der „freien Fabrikanten“, in ihrer Nr. 9 vom Jahre 1914 noch folgendes Charakteristikum des Unternehmerverbandes vorschreibt enthalten konnte:

„Er bleibt sich doch immer gleich, dieser Herr Max Langhammer! Salbungsvoll wie einer der alten biblischen Propheten und theatralisch wie ein gelernter Schauspieler versteht es es mesthaft, in seinen redbeisigen und journalistischen Ausschauungen die Leser zu bewirken und für Utopien einzutragen. So wie der Huchs sich vorsorglich immer mehrere Ausgänge aus seinem Bau sichert, so sichert sich dieser Meister kleinste der Tapetenbranche auch prüffigerweise verschiedene Auslegungsmöglichkeiten seiner Zeitung.“

Diese persönliche Schärfigkeit, die wir nicht zu unsern eigenen machen wollen, hat sich während der Kriegszeit unter dem Druck des sogenannten „Burgfriedens“ etwas gelegt. Ebenso ist die Organisationsfeindseligkeit der Outfitter während der Kriegszeit gewichen. Der Tapetenarbeiterkampf steht sich allerdings noch genau so organisationsfeindselig gegenüber wie in der vorburgfriedlichen Zeit. Selber aber sind sie zu der Einsicht gelangt, daß eine Vertretung ihrer Unternehmerinteressen doch nur durch eine Vereinigung tatkäfig möglich ist. Aus diesem Grunde haben sie sich während der Kriegszeit zu einem Unternehmerverband mit der Firma: „Tapetenfabrikanten-Verein, Sitz Berlin“ zusammengeschlossen.

Die „Tapete“, die mittlerweile zum Bundesorgan der Berliner Richtung im Lager der Tapetenfabrikanten avanciert ist, bringt in ihrer Nr. 19/20 eine Zusammenstellung der Mitgliedsbetriebe des Berliner Tapetenfabrikanten-Vereins, die wir unsern Kollegen und Kolleginnen in der Tapetenindustrie nicht vorenthalten möchten, weshalb wir sie nachstehend zum Abdruck bringen:

Tapetenfabrikanten-Verein, Sitz Berlin.
Vorstand: F. Buchemann, Vorsitzender. Chr. Wulf,stellvert. Vorsitzender. E. Viepmann, Kassierer.

Mitglieder:
Kölner Tapetenfabrik, vorm. Chrys. Joseph Klein C. m. b. H., Köln-Nippes.
Elberfelder Tapetenfabrik Willy Dorfner, Elberfeld.
August Eggers, Magdeburg.
Lüneburger Tapetenfabrik Friedrich Enckhausen, Lüneburg.
Maschinenpapetenfabrik Leopold Pützsch, Berlin SO, Eisenbahnstr. 15.
Mohr u. Ko., Böhmisch i. Rheinland.
Georg Pösch u. Ko. Nachf., Detle i. Westf.
Sächsische Tapetenfabrik, G. m. b. H., Dresden.
Tapetenfabrik Alstania, G. m. b. H., Dessau.
Tapetenfabrik Coswig, G. m. b. H., Coswig i. S.
Tapetenfabrik Deutschland, G. m. b. H., Einbeck i. Hann.
Tapetenfabrik Europa, Ottolars Anderlit, Hämerten i. Sa.
Tapetenfabrik Hanau, Iven u. Ko., G. m. b. H., Altona-Ottensen.
Tapetenfabrik Emil Viepmann, Berlin NW, Siemensstr. 15.

Personlich ist uns der Streit unter den beiden Richtungen der Tapetenfabrikanten ziemlich gleichgültig. Es kann uns auch vollkommen Blüft sein, welchem der beiden bestehenden Unternehmerverbände der einzelne Unternehmer angehört. In der Bekämpfung der Tapetenarbeiterkampf und ihrer Organisation sind sich die feindlichen Brüder doch einig. Der Name Chr. Wulf, als Vertreter der Tapetenfabrik Coswig, im Vorstand des Berliner Vereins hat für die organisierten Tapetenarbeiter noch einen höheren Beigeschmack als die Firma Langhammer im Verein deutscher Tapetenfabrikanten. Die Tapetenarbeiter wissen sehr gut, daß in den beiden Unternehmerorganisationen die bestigten Feinde der organisierten Tapetenarbeiter sitzen, sie denen beschämt auch über den Streit der beiden Unternehmerrichtungen wie Heinrich Heine in seinem Gedicht „Romanzen“:

Wer recht hat, weiß ich nicht
Doch es will mich schwer gedrücken,
Dab der Rabbi und der Mönch,
Dab sie alle beide sinden.“
G. St.

Keramische Industrie

O'schöne Zeit!

Es ist noch nicht allzu lange her, daß die Ziegeleibesitzer auf Lohnforderungen ihrer Arbeiter mit der Drohung antworteten, italienische Arbeiter einzustellen. Tatsächlich wurden vor dem Kriege die Italiener sehr oft als Lohnräuber in der Ziegelindustrie benutzt. Ihre Bedürfnislosigkeit ermöglichte es ihnen, mit der Hälfte des Lohnes, den ein deutscher Arbeiter beanspruchte, auszukommen. Teilweise war es auch die Unkenntnis der deutschen Sprache, die sowohl der Ziegeleibesitzer als auch der Kolonialführer, genannt Seelenberkäufer, in fliegendes Minze umzuziehen verstand. Das ist durch die Kriegsverhältnisse anders geworden. Erstens einmal ist die Zahl der noch in Deutschland vorhandenen italienischen Ziegeleiarbeiter nicht mehr sehr groß, und zweitens stellen diese Leute, von der Not getrieben, erhöhte Ansprüche. Das ist nur zu leicht erkläbar, denn all die billigen Nahrungsmittel, mit denen die genügsamen Italiener früher ihr Leben fristeten, sind heute nicht mehr zu haben. Und daß ein Ziegeleiarbeiter bei den rationierten Lebensmitteln seine Arbeit leichter könnte, ist ausgeschlossen. Er muß also zu teuren Preisen zurückfallen.

In der „Tonindustrie-Zeitung“ Nr. 111 vom 21. September sagt zum ein. A. Naumann recht beweglich über die Begehrlichkeit der Italiener. Anscheinend unbewußt bestätigt er in seiner Einleitung unsre oben aufgestellte Behauptung, daß die italienischen Arbeiter als Lohnräuber verwendet wurden. Es heißt:

„Vor Ausbruch des Krieges wurden namenslich in Süddeutschland in größerem Umfang italienische Arbeiter in Ziegeleien beschäftigt. Zwar war man damals schon nicht gerade begeistert von ihnen; aber da Mangel an Arbeitskräften herrschte, war der Ziegeleibesitzer froh, wenn er sich mit ihnen beschäftigen konnte.“

Weshalb Mangel an Arbeitskräften geherrscht hat, wird nicht gesagt. Es ist aber auch nicht nötig, da ohnehin jeder weiß, daß in der Ziegelindustrie die Leute fortseien, weil die Löhne zu niedrig waren. Das hat der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Tonindustrieller Wilhelm Damköhler auf einer Tagung der Braunschweiger Handelskammer am 13. August 1917 in einem Vortrag über „Einschränkungen von Neugründungen und Betriebserweiterungen“ wie folgt zum Ausdruck gebracht:

„Einen Schwerpunkt in den erprobenswerten Zielen bildet die Löhne in der Ziegelindustrie, die ich schweig nicht, es hier auszusprechen, zum Teil nicht unerheblich hinter denen anderer lebensfähigerer Industrien zurückgestanden haben, was zur unerquicklichen Folge hatte, daß unsre besseren und besten Arbeiter sich der Beschäftigung in unsern Betrieben abwandten und zu den ihre Arbeitsleistungen besser entlohnten Industrien übergingen.“

Das sind Tatsachen, die auch Herr Naumann kennen wird. Wenn schon die Löhne in der Ziegelindustrie vor dem Kriege miserabel genannt werden mußten, so ist es erklärlich, daß ihre heutige Höhe gegen damals relativ mehr ins Gewicht fällt als in andern Industriezweigen, wo ein gleicher Zustand der Löhne nicht zu verzeichnen war. Herr Naumann ist es sehr unangenehm, daß man die Italiener nicht in ihrer so gewinnbringenden Unwissenheit beläßt, denn er schreibt darüber:

„Durch ihre Organisation werden die Italiener über die Verhältnisse in den einzelnen Werkstätten regelmäßig auf dem laufenden erhalten; sie erfahren genau, welche Löhne bei den einzelnen Unternehmungen gezahlt, welche Lebensmittel gesetzert und welche Preise dafür berechnet werden. Diese Kenntnis benutzt sie dazu, die Löhne und Unterhaltsansprüche fortgesetzt in die Höhe zu treiben, so daß es sich schließlich um eine Schraube ohne Ende handelt.“

Die Schraube ohne Ende wird aber nicht willkürlich von den Ziegeleiarbeitern angezogen, sondern sie wird mechanisch weitergedreht von dem Rädchen, das die Lebensmittelpreise und überhaupt die ganze Preispolitik in Bewegung hält. Selbst die Ziegelpreise wurden davon erfaßt. Herr Naumann sieht dann außerdem, wie die Italiener es sogar verstehen, die Ziegeleibesitzer gegenwärtig auszuspielen. Ja es sind sogar Fälle vorgetreten, daß es dann weiter, in denen das Katholische Arbeitersektariat solche Italiener noch ein Unternehmen führt. Das ist allerdings schwierig. Was denkt wohl Herr Naumann, weshalb ein Arbeitersektorat gerade diesen Namen trägt?

Zum Schlusse bekommen auch die Unternehmer ihre Tracht Prügel, indem Naumann schreibt:

„Um gerecht zu bleiben, wird man zugeben müssen, daß einen Teil der Verantwortung für diese Zustände die Ziegeleibesitzer selbst tragen. Schon das Gefühl der Zusammengehörigkeit als Berufsgenossen sollte sie daran hindern, Italiener einzustellen, bevor sie sich über deren Arbeitsverhältnisse genau und zuverlässig unterrichtet haben. Manche Wertsbesitzer gehen sogar so weit, daß sie die Italiener in Entlohnung und Pflege den einheimischen Arbeitern gegenüber bevorzugen. Man braucht durchaus nicht die Italiener als Volk zu hassen, um solche Vorurteile unbedingt zu verurteilen; man braucht sich vielmehr nur die Leiden der Deutschen in Italien vor Augen zu halten, um ein derartiges Werken unverantwortlich zu finden. Es ist und bleibt unfehllich, einem Berufsgenossen die Arbeitskräfte durch Angebot höherer Löhne zu nehmen, selbst wenn die Lösung des Arbeitsverhältnisses auf ordnungsmäßigem Wege erfolgt.“

Der Hinweis auf die Leiden der Deutschen in Italien ist kein schönes Mittel, das zur Erreichung des Zwecks angewendet wird. Woher hat denn Herr Naumann diese Kenntnis? Sicherlich nicht aus eigener Erfahrung. Der Bemerkung, es sei unfehllich, einem Berufsgenossen durch Angebot höherer Löhne die Arbeitskräfte wegzutun, sehen wir die Frage entgegen: War es vor dem Kriege nicht unfehllich, die Italiener als Lohnräuber gegen die deutschen Arbeiter zu benutzen?

Preiserhöhung für Zement.

Die Zementindustriellen haben nun mehr ihre Lohnforderungen doch durchsetzt, trotz aller Proteste des Bauflussverbraucher. Wie wir in der letzten Nummer des „Brotelariers“ mitgeteilt haben, ging die neue Forderung der Zementfabrikanten auf eine Erhöhung der Zementpreise von 100 Mark pro 1000 Körnen oder 1 Mt. für den Doppelzentner. Die Reichsstelle für Zement hat davon 30 Prozent abgestrichen, so daß der Tonnenpreis vom 1. Oktober 1918 um 7 Mt. höher ist. Seit dem 1. Januar 1917 ist das die vierte Preiserhöhung, so daß die Zementindustriellen gewiß nicht sagen können, der Vater Staat sei für sie ein Rabenhauer. Die Preise für Privatnehmer sind außerdem noch etwas höher als für den Staat. Aus der folgenden Zusammenstellung ergeben sich die Zulagen pro Doppelzentner und der gegenwärtige Preisstand.

Preiserhöhung ab:
1. Jan. 1. Juli 1. Okt. 1. Okt. Sept.
Nordde. Zement-Verband
a) Staat 0,90 1,80 0,85 0,70 7,35
b) Privat 0,90 1,85 0,85 0,70 8,05

Rhein-West. Zement-Verband
a) Staat 0,90 1,80 0,85 0,70 7,35
b) Privat 0,90 1,75 0,85 0,70 7,60
Südd. Zement-Verband
a) Staat 0,90 1,80 0,85 0,70 7,35
b) Privat 0,90 1,80 0,85 0,70 8,05

Da diese Preise noch nicht eingerechnet die Kosten für Verpackung und die Transportkosten. Im Jahre 1913 wurde ein Doppelzentner durchschnittlich noch 2 Mt. Heute beträgt der Preis für dasselbe Quantum teilweise bereits 8 Mt., was einer Erhöhung von 600 Prozent gleichkommt

Speisen zubereiten könnten. Jeht während des Krieges braucht man eigentlich solche Kochrezepte nicht. Denn jede Haushalt ist schon notgedungen auf die geringsten, ihr zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel angewiesen und sie ist bestrebt, so gut es geht, schmackhafte und nährstoffreiche Speisen auf den Tisch zu bringen.

Die Altonauer Margarine-Werke, Mohr u. So., C. m. b. H. haben jetzt aber, um den von ihnen hergestellten Fleischkraut-Ersatz „Ohrena“ an den Mann zu bringen, Kochrezepte daraus losgelassen, unter denen sich auch folgendes befindet:

„Im Winter, wenn frisches Gemüse knapp ist, lässt sich auch gut getrocknetes Wiesenherz oder Fleisch aus der Verstellung der Suppe verwenden. Das Fleisch wird nicht im Wolf zerkleinert, sondern in Stücken von circa einer Handlänge geschnitten. Man gibt es ebenfalls mit Salz und Wasser zu Feuer und Kocht es im zugedeckten Gefäß circa eine Stunde. Gar wird es nicht, weil die zellulären Teile in dem Geu sich nicht gelösen lassen, aber die für die menschliche Ernährung notwendigen Nährsalze werden dem Geu entzogen und machen die Suppe sehr schmackhaft. Das ausgetrocknete Herz wird auf ein Sieb geben und ausgekörnt und alsdann als Brühstück benutzt. Das Brühstück kostet es sehr gern wegen des leichten Salzgeschmacks. Die Brühstücke gibt eine sehr wohlschmeckende und aromatische Suppe, welche alle für die menschliche Ernährung zutrefflichen Nährsalze während des Kochens aus dem Geu enthält. Die Suppe wird also dann in gleicher Weise, wie vorhin beschrieben, mit sauber abgewaschenen rohen Kartoffeln, welche so klein wie möglich zerkleinert werden, serviert und dann Chinesische-Suppe nach Gechmac eingestellt und ebenfalls nach Gechmac aufgegessen, und gewinnt man durch auf diese Weise aus dem Geu ein wohlschmeckendes Mittagessen mit dem Gechmac einer besonders kräftigen Brühsuppe.“

„Ob wohl „Chines“ durch Wiesenherz erst schmeckhaft gemacht werden soll?“

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1917.

Gleich den freien Organisationen und den Christlichen Gewerkschaften ist auch bei den christlichen Gewerkschaften ein kräftiges Vordringungsstreben zu verzeichnen. Sowohl die Mitgliederzahl als auch die Finanzen haben im Berichtsjahr eine wesentliche Stärkung erfahren. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt beträgt 243 865 gegen 174 300 im Jahre 1916. Das bedeutet eine Zunahme von 69 565 Mitgliedern. Am Ende des Jahres 1917 dagegen betrug die Gesamtmitgliederzahl 293 187. Da der vorjährige Bericht für den gleichen Zeitpunkt 178 907 Mitglieder angibt, so ist eine Zunahme von 114 280 Mitgliedern vorhanden. Nach Angabe des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften dürften außerdem circa 150 000 Mitglieder sich beim Heeresdienst befinden. Die folgende Tabelle bringt eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen in allen den christlichen Gewerkschaften angehörigen Verbänden nach dem Stande am Ende des Jahres 1913, als dem letzten vollen Friedensjahr, und dem am Ende der beiden vollen Kriegsjahre.

Organisation	Mitgliederzahl am Ende des Jahres		
	1913	1916	1917
Arbeiter	63 129	34 765	63 761
Bayerischer Eisenbahner	28 657	22 791	22 981
Deutsche Eisenbahner	27 823	22 713	32 822
Färbler	41 013	20 176	62 694
Hämarbeiterinnen	8 379	16 106	17 100
Kuliarbeiter	37 109	11 511	18 829
Landwirkerischer Förderband	10 874	10 761	
Landarbeiter	42 441	7 102	9 113
Landwirtschaftliche Eisenbahner	1 039	1 650	6 112
Fabrik- und Transportarbeiter	11 220	3 936	9 139
Postarbeiter	17 669	5 343	6 015
Land- und Weinbergsarbeiter	3 576	3 273	4 836
Landarbeiter	6 444	2 923	3 177
Reinhardt und Arbeiter	2 715	1 868	4 867
Gemeindearbeiter und Straßendarbeiter	4 513	1 897	2 889
Keramik- und Steinarbeiter	2 539	1 497	4 877
Eisenbahn	3 410	1 382	1 289
Schneider	1 982	1 244	2 222
Textilarbeiter	6 091	866	974
Textilhandarbeiter	2 930	712	3 897
Gewerkschaftliche Postarbeiter	3 637	345	572
Postamt- und Geschäftsmitarbeiter	3 925	559	807
Handarbeiter	1 991	36	520
Gewerkschaftlicher Zentralverband	2 737	530	635
Zentraler Angestelltenverband		357	876
Walter	4 065	570	382
Gärtner	1 032		
Summen	321 735	178 907	293 187

Der Christenverband ist seit dem Jahre 1916 mit dem Verband der Land-, Land- und Weinbergsarbeiter vereinigt. Von den 26 bestehenden Verbänden haben 23 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, was wegen eines Rückgangs von, der aber insgesamt in den Märkten zu keinerlei Schaden zum Bergarbeiter und Metallarbeiterverband, wie das ja eine weitere erläutert ist. Ganz anders ist es nun am Berufszettel, der als Friedenszettel an erster Stelle steht.

Die der Mitgliederzahl entsprechende Entwicklung weitet auch die Finanzen auf. Während das Vorjahr eine Aufgabe der Einschüsse von 86 000 M. brachte, ist für 1917 eine Steigerung der einschließlich 11 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Ausgaben sind wohl auch um 700 000 M. erhöht, das ist über noch nicht die Hälfte der Bevölkerung, so dass mit einem erheblichen Aufschwung ergibt. Es betragen:

	1916	1917
zu Spendenzwecken	3 231 422 M.	4 739 202 M.
zu Gemeinschaften	2 901 213	3 611 370
zu Versorgungszwecken	7 901 531	9 902 536

Zum den Ausgaben entfallen auf Gemeinschaften 218 350 M., auf Arbeitsgemeinschaften 16 276 M., auf Streit- und

Verbandsvereinigungen 37 405 M., auf Sonstige 233 910 M.

zu Versorgungszwecken 97 045 M. und von sonstigen Überschüssen 363 374 M.

Diejenigen Verbände, deren Mitgliederzahl sich verschoben hat, sind die Arbeitsgemeinschaften Betriebsarbeiter, jenseits der Betriebsarbeiter und Betriebsarbeiterinnen, jenseits der Betriebsarbeiter und Transportarbeiter. Es trat am Schluss des Jahres 1916 bereits 11 220 Mitglieder, Ende des Jahres 1916 war noch 39 566, am 1. Januar 1917 wieder nur 2130, was eine Zunahme von 5203 bedeutet. Eine Regierungserklärung (Ministerium der Post) besagt, dass von 36 217 M. nur 15 933 M. Das ist zweifellos eine rechtliche Bedrohung, aber wir müssen uns die Mitgliedschaft in der Gewerkschaften in Sicherheit bringen.

Der Verband der Bergarbeiter und Steinarbeiter, den auch die Bergarbeiter angeführt, verfügt über einen Mitgliederstand von 277 am Ende des 2. - 1917, gegen 1497 im Jahre 1916. Seine Finanzen betragen also 3300. Der Bergarbeiterverband steht mit 36 226 M.

Der Verband der Fahrzeuge- und Geschäftsmittelarbeiter, der bis Ende des Jahres 1916 eine Mitgliederzahl von 369 mit 307 endigt, die 2017 auf 228 ist. Der Fahrzeuge- und Transportarbeiterverband ist mit 713 M.

Der allgemeine Auftrag bei den Gewerkschaften aller Arbeiter ist damit deutlich, dass die Gewerkschaften durch die Not des Krieges in entsprechender Weise des Reizes und gibt in den Märkten die gewünschten und ungewünschten Lebensangebote vor. Es ist zu hoffen, dass die bestreite Arbeitsbeschaffung sowohl den gewünschten als auch den ungewünschten Bereich des Gewerkschaften angeht. Dass es nicht mehr genügt ist, dass nur in einzelnen Zeit Intervallen die Arbeitsbeschaffung gegeben wird, sondern dass der Gewerkschaften gewünschterartig in den Kriegsjahren überall gegeben wurde, so können keine guten Folgen für diesen Krieg sein.

Die Arbeiterselbstverwaltung der freien Gewerkschaften im Jahre 1917.

Nach der von der Generalkommission aufgenommenen und soeben veröffentlichten Statistik sind auch im vergangenen Jahre die Arbeiterselbstverwaltung trotz aller Erfahrungen ihren Aufgaben durchaus gerecht geworden. Das Tätigkeitsgebiet der Selbstverwaltung ist durch den lang andauernden Kriegszustand nicht eingeengt, sondern noch erweitert worden. Der Kriegszustand hat eine Reihe Ercheinungen gezeigt, die die Ursachen zu neuen Streitigkeiten bilden.

Die Zahl der von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Arbeiterselbstverwaltung beträgt 130. In der Statistik sind jedoch genau wie im vorigen Jahre, nur 119 Selbverwale beteiligt. Die berichtenden Selbstverwale verzehn zusammen eine Ausgabe von 630 902 M. Von den Ausgaben wurden 315 425 M. aus den Kartellfassen, 49 601 M. aus direkt für die Selbstverwale geleisteten Beiträgen und 40 257 M. aus den Kosten der beteiligten Organisationen geleistet. Die Generalkommission leistete an 66 Selbstverwale zusammen 95 588 M. Büchsen. 26 Selbstverwale erhielten Zuwendungen von Parteiorganisationen im Gesamtbetrag von 9092 M., und aus Staats- und Gemeindemitteln wurden 12 Selbstverwale Beihilfen gewährt, die sich im einzelnen zwischen 100 bis 4000 M. bewegen und zusammen die Summe von 12 800 M. ausmachen.

Die Tätigkeit der Selbstverwale war im Jahre 1917 nicht ganz so umfangreich wie 1916; die Frequenzzahl, die Zahl der Auskünfte und Schrifträume, stehen hinter denen des Vorjahres zurück. Es nahmen 511 763 Personen die Selbstverwale in Anspruch gegen 526 363 im Vorjahr. Von den Auskunftsnehmenden waren 477 103 gleich 93 Prozent Arbeitnehmer oder Angehörige derselben und 32 863 Personen gehörten anderen Bevölkerungsklassen an, außerdem wandten sich in 1795 Fällen Behörden und Korporationen an die Selbstverwale. Von den Auskunftsnehmenden waren 262 672 gleich 53,8 Prozent gewerkschaftlich organisiert, 119 769 wohnten nicht am Orte des Selbstverwals. Seit Beginn des Krieges hat eine gewaltige Steigerung der Transportsnahme der Selbstverwale durch weibliche Personen stattgefunden. 1913 waren von allen Auskunftsnehmenden 19 Prozent, 1917 dagegen 47 Prozent weibliche Personen. Allein im Unterhaltungsbereich für Familien von Kriegsteilnehmern wurden 59 442 (gegenüber 34 223 im Vorjahr) Auskünfte erteilt. Auskünfte insgesamt 544 521, davon 476 707 männlich und 42 129 weiblich. Schrifträume wurden 166 317 angefertigt. Unter dem Rubrum „Arbeits- und Dienstberatung“ wurden jedenfalls unter Einwirkung des in Kraft getretenen Hilfsförderungsgesetzes, 1789 Auskünfte mehr erteilt und 269 7 Schrifträume mehr angefertigt.

Über persönliche Vertretungen von Rechtsstreitigkeiten vor Sicherungszämlern, Gerichten und Verwaltungsbehörden liegen von 93 Selbstverwale Angaben vor. Bei diesen Vertretungen macht sich der Mangel an geeigneten Kräften und ihr Wechsel recht fühlbar. Es wurden 1274 Vertretungen ausgeübt. Von den Vertretungen erfolgten 2640 vor Sicherungszämlern, 681 vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, 358 vor Amtsgerichten und 563 vor Verwaltungsbehörden und Gerichten. Daraus wurden 1271 wahrgenommen.

Der Ausgang der berührten Rechtsfälle wurde den Selbstverwale nur in 216 Fällen bekannt, davon waren 18 271 erfolgreich und 59 45 erfolglos. Da diese Angaben sehr unvollständig sind, lassen sich höhere Schlussfolgerungen daraus nicht ziehen.

Von den Rechtsauskunftsstellen der Gewerkschaften ist 122 berichtet, und davon nur 111 vollständig. Diese Stellen erzielten 1917 insgesamt 42 033 Auskünfte. Die Rechtsauskunftsstellen sind unter dem Eindruck des Krieges stark zurückgegangen, was daraus zu erkennen ist, dass die Zahl der beruhenden Stellen 1917 um 110 geringer ist als in 1913 war. Die kleineren und mittleren Gewerkschaftseltern, die als Träger der Rechtsauskunftsstellen in Betracht kommen, sind bei ihren engbegrenzten Mitgliederzahlen den Folgen des Krieges stark ausgesetzt als größere Mitgliedergemeinschaften. Der Eingang so mancher Auskunftsstelle ist deshalb eine, wenn auch unerhebliche, aber in den Verhältnissen begründete Erleichterung.

Rundschau.

Der Rundwart im Hilfsdienstgesetz.

Vielleicht kommt es vor, dass der beamtete „Rundwart“ kurz vor der Verordnung am Schließungszuschlag für den betriebsräumlichen Sicherheitsdienst durch einen anderen, noch wichtigeren Termin verhindert ist, selbst zu erscheinen. Die von diesem bestellte, mit Unterordnung vereinigte Vertretung würde nicht von allen Schließungszuschlagsvorberichten erkannt. Die Ausstellung einer neuen Vollmacht in dieser Zeit ist besonders in solchen Fällen unnötig, wo möglicherweise der Arbeitsauftrag, sondern eine größere Anzahl Arbeiter die Vollmacht erzielen soll.

Um in dieser wichtigen Frage Sicherheitlichkeit zu erzielen, wandte sich der Deutsche Gewerkschaftsverband an das Bayerische Kriegsministerium, klagte darin, mit folgender Anfrage:

„Ist der vor einer Partei als Mandat vor dem Schließungszuschlag für den innerlandischen Hilfsdienst Bevollmächtigte im Sicherheitsdienstbereich berechtigt, einem andern Unterordnung zu erzielen bzw. eine Vollmacht einem andern zu übertragen?“

Hierauf erfolgte folgender Entschied:

„Die Beantwortung Ihrer Frage hängt davon ab, ob der als „Rundwart“ bestellte als Bevollmächtigter der Partei vor dem Schließungszuschlag einzutreten hat oder nicht. Der Rundwart ist nur als Bevollmächtigter der Partei vor dem Ausübungsort zu bestehen, wenn er seiner politischen Partei, welche er als Bevollmächtigter der Partei vor dem Ausübungsort vertritt, verpflichtet ist. Ein Beamter in der Person des Bevollmächtigten ist deshalb im Sicherheitsdienst der Partei jederzeit möglich. Handelt es sich dagegen um einen mit politischer Bevollmächtigung bezeichneten Vertreter der Partei, so kann dieser nur durch einem andern Unterordnung erzielen, wenn die ihm selbst eingesetzte Bevollmächtigte die Erteilung einer Unterordnung ausdrücklich gestattet.“

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Kolberg 28. - Helmstedt 143. - Neudamm 140. - Herzfelde 1. -

Wolfsburg 65. - Bielefeld 50. - Groß-Born 1. - Haiger 11.75. -

Ahlden 2.95. - Bruchmühl 340.

Gesamtsumme auf 683 679 Millionen Mark, und zwar ergibt sich, dass mit dem Fortgang des Krieges der jährliche Geldverbrauch ständig gesunken ist.

Von dieser Gesamtsumme entfallen 166 135 Millionen Mark auf den Bierbund, also Deutschkord, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien. Weit beträchtlicher sind die Ausgaben der Staaten nach den vor dem Kriege geltenden durchschnittlichen Verhältnisse in deutsche Reichswährung um, dann ergeben sich folgende Anteile an den Kriegslohnsummen:

	Millionen	Anteil
Deutschland	115 211	16,85 Prozent
Österreich-Ungarn	49 424	7,23
Türkei	600	0,09
Bulgarien	900	0,14
Zentralmächte	166 135	24,31 Prozent
Rest beteiligter	517 544	79,69 Prozent

Welt beträchtlicher sind die Ausgaben der Entente. Sie belaufen sich auf mehr als das Dreifache des Bierbunds, nämlich auf 317 544 Millionen Mark. Dazu sind beigetragen